



Ansgar Mayr

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Rohrackerweg 24
76297 Stutensee
Tel. 0 72 44 93 89 410
Fax 0 72 52 77 90 347
wahlkreis@ansgar-mayr.de
www.ansgar-mayr.de

CDU muss Volkspartei wieder leben, um erfolgreich zu sein

Der CDU-Landtagsabgeordnete Ansgar Mayr will mehr Verantwortung für Mitglieder

Stutensee/Stuttgart. Um ihre Stärke und den Status als echte Volkspartei zu erhalten, muss die CDU in Baden-Württemberg und bundesweit wieder stärker auf die breite Mitgliederbasis setzen. Auf Bundesebene sollen daher, nach Auffassung des Landtagsabgeordneten Ansgar Mayr, die Mitglieder bei der anstehenden Wahl für den Bundesvorsitzend das Entscheidungsrecht in Form einer Urwahl haben.

Mit einer inhaltlichen und personellen Neuaufstellung auf allen Ebenen hat die CDU eine Chance, künftig wieder Wahlergebnisse deutlich über 30 Prozent zu erzielen. Dazu braucht es das Engagement und die Kompetenzen aller Mitglieder sowie intensive inhaltliche Klärungsprozesse.

„Noch wichtiger als Entscheidungen über das Spitzenpersonal in Land und Bund ist die Schärfung des inhaltlichen Profils der CDU. Das muss zügig parallel passieren. Auch das darf nicht an der Mitgliederbasis vorbei erfolgen“, so Ansgar Mayrs Überzeugung. „Wir brauchen eine moderne Konzeption für eine Mitgliederbeteiligung bei allen wichtigen Entscheidungsfragen in der Partei“, so Mayr.

Die CDU muss den Bürgerinnen und Bürgern ihre ganze inhaltliche Bandbreite präsentieren, die verschiedene Interessen und Anliegen in der Gesellschaft zusammenführt, statt sie zu spalten. Auf der Basis konservativer, christlich-sozialer und liberaler Werte und der sozialen Marktwirtschaft müssen die inhaltlichen Positionen auch mit dem Führungspersonal in der gleichen Bandbreite verbunden sein. Dazu gehören intensive inhaltliche Auseinandersetzungen, aber auch Entscheidungen und eine strategische Kommunikation der Kernthemen der Union.

Union muss Entscheidungsprozesse zwischen von CDU und CSU klarer regeln

Eine Klärung der Prozesse erfordert die Frage, wie künftig zwischen CDU/CSU die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur vorgenommen werden soll. Dies könnte beispielsweise über ein neues Gremium, einen sogenannten „Unionsausschuss“ geschehen. So ein Entscheidungsprozess ist sehr komplex, weil sich zwei Parteien darüber verständigen müssen. Aber nach der Erfahrung vom Frühjahr brauchen die Unionsparteien hierfür einen konkreten Fahrplan. Auch hier gilt: die Regelung zwischen CDU und CSU hat unter Einbeziehung der Basis zu erfolgen.